

Weniger Geber bezahlen deutlich mehr

FINANZAUSGLEICH Geberkantone müssen 2016 trotz Kürzung der Beiträge mehr an den Finanzausgleich zahlen. Zwei Kantone wechseln das Lager. Zug spricht von einer dramatischen Entwicklung.

TOBIAS GAFAFER
schweiz@luzernerzeitung.ch

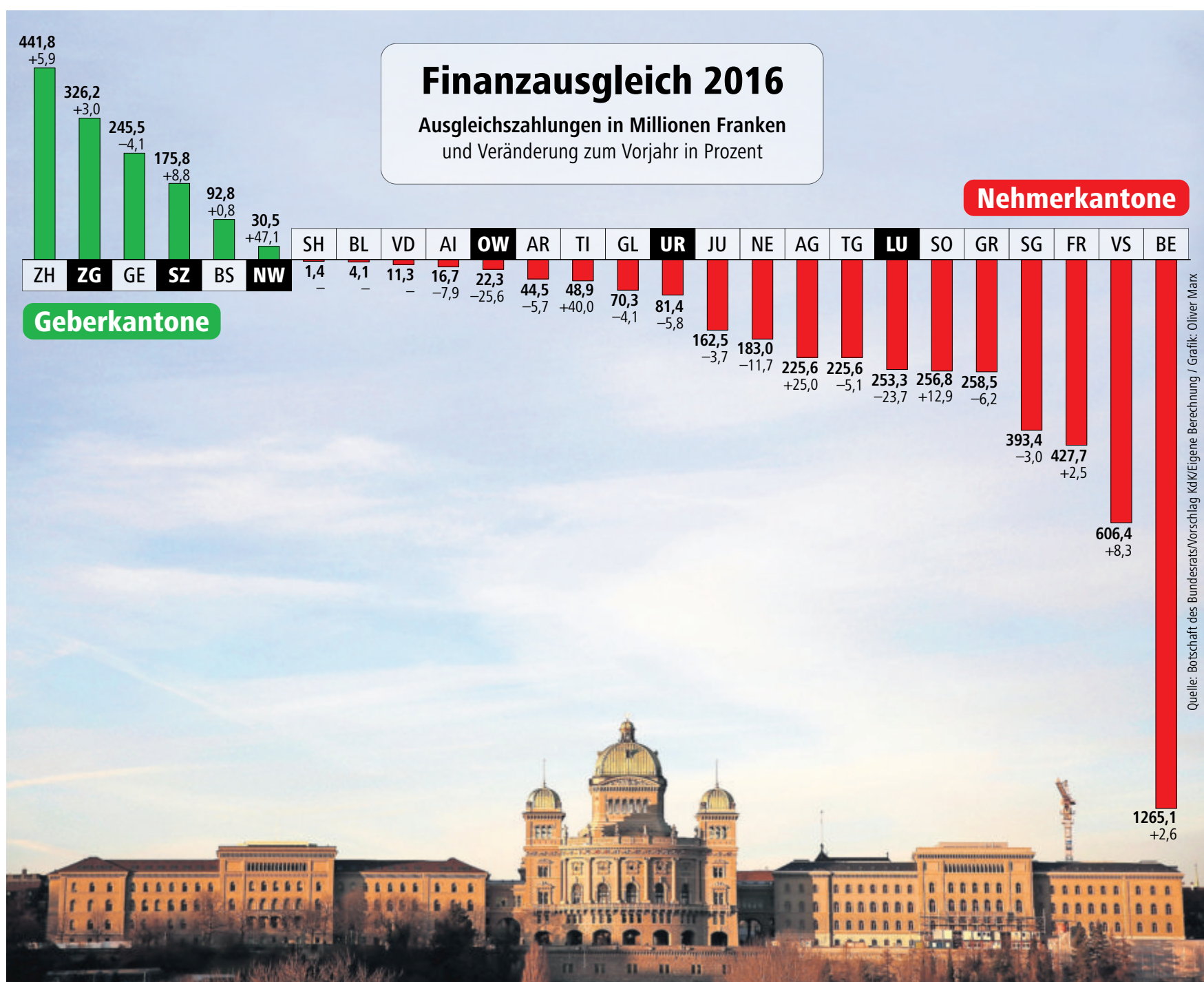
Die Meldung aus der Finanzverwaltung (EFV) trägt nicht dazu bei, die erhitzten Gemüter in der Innerschweiz und anderen Geberkantonen abzukühlen. Vor der Sommerpause legte sie gestern noch die neusten Ausgleichszahlungen für den Finanzausgleich (NFA) vor. Wie fast jedes Jahr müssen die Geber 2016 mehr abliefern, insgesamt erhöht sich das Volumen aller Transferzahlungen leicht auf 3,246 Milliarden Franken. Die Summe des wichtigsten Topfs, des Ressourcenausgleichs, erhöht sich um 48 Millionen – und das trotz des NFA-Kompromisses der Kantone, auf den sich das Parlament im Juni geeinigt hat. Demnach wird der Ressourcenausgleich um jährlich 165 Millionen gekürzt, und die Geber werden um 67 Millionen entlastet.

Dass der Kuchen dennoch grösser wird, führt die EFV auf das um 5,5 Prozent höhere Ressourcenpotenzial zurück. Dieses berechnet Bern anhand der steuerbaren Einkommen der natürlichen Personen und der Gewinne der Unternehmen. Am stärksten legen unter anderem Nidwalden und Schwyz zu, womit auch deren Ausgleichszahlungen steigen. Hauptursache ist laut EFV die Neuberechnung des Faktors für die Vermögen. Schwyz und andere Inner-schweizer Kantone zogen in den letzten Jahren mit ihrer Steuerpolitik überdurchschnittlich viele Reiche an.

Bern erhält erneut mehr Beiträge

Mit Abstand grösster Empfänger bleibt 2016 in absoluten Zahlen Bern: Der Kanton erhält mit 1,265 Milliarden trotz der NFA-Kürzungen im Vergleich zum laufenden Jahr sogar rund 32 Millionen mehr. Weitere grosse Empfänger wie das Wallis oder Freiburg erhalten ebenfalls mehr Geld. Die vier Ostschweizer Kantone, die alle zu den Nehmern zählen, erhalten dagegen weniger. Sie legen ebenfalls leicht bei ihren Ressourcen zu, wenngleich längst nicht so stark wie Nidwalden.

Grösster Geber bleibt in absoluten Zahlen neben dem Bund der Kanton Zürich, der 2016 rund 441,8 Millionen an den NFA beisteuert. Dahinter folgen Zug mit 326,2 Millionen und Genf mit 245,5 Millionen. Schaffhausen und Basel-land wechseln vom Lager der Geberkantone ins jenes der Nehmer, wobei sie bisher so oder so nur kleinere Mil-



Die Zahl der Netto-Geberkantone im nationalen Finanzausgleich hat sich auf sechs reduziert.

Keystone/Peter Klauzner

lionenbeiträge einzahlen. Bedeutender ist der Wechsel dagegen aus politischer Sicht, weil die Nehmerkantone damit eine noch stärkere Mehrheit als bisher stellen.

Der Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin (CVP) spricht denn auch von einer dramatischen Entwicklung. «Nur noch sechs Kantone tragen netto finanziell zum Zusammenhalt des Landes bei – und sie werden erst noch demokratisch marginalisiert.» Zug hatte sich im Ringen um den NFA im Parlament vergeblich für die Variante des Bundesrats eingesetzt, der die Geberkantone doppelt so stark entlasten wollte. Hegglin kritisiert

die neue Berechnung des Ressourcenpotenzials, die die tiefere steuerliche Ausschöpfung der Unternehmensgewinne nicht berücksichtige. Kantone wie Schwyz oder Zug hätten im Gegensatz zum finanzschwachen Bern stark beim Ressourcenpotenzial zugelegt, wehrt sich die Berner Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) auf Anfrage. «Die Zahlen sprechen für sich.» Bern habe im Parlament Hand für einen Kompromiss geboten.

Zeit für Referendum läuft

Die Zahlen für 2016 sind noch nicht in Stein gemeisselt. Die Kantone werden

sich im September dazu äussern. Zudem läuft bis im Herbst die Frist für das Referendum gegen den NFA-Kompromiss, dem das Parlament im Juni zugestimmt hat. Die Schwyzer SVP und andere sammeln Unterschriften, da ein Kantonsreferendum chancenlos bleiben dürfte (siehe Box unten). Ob sie die nötige Zahl zusammenbringen, ist offen.

Selbst wenn es der Fall sein sollte, wären die Erfolgchancen begrenzt: Die Geber sind in einer ständig kleiner werdenden Minderheit, statt wie heute neun zählen 2016 beim Ressourcenausgleich nur noch sieben Kantone zu diesem Lager.

«Nur noch sechs Kantone tragen netto finanziell zum Zusammenhalt des Landes bei.»

PETER HEGGLIN,
CVP-FINANZDIREKTOR ZUG

Referendum spaltet Bürgerliche der Geberkantone

NFA Der Ärger war gross in den Geberkantonen, als National- und Ständerat letzten Monat den Umfang des Finanzausgleichs für die Jahre 2016 bis 2019 beschlossen. Das Parlament sprach sich für eine Kürzung der Zahlungen der reichen Kantone an den Ressourcenausgleich um 67 Millionen Franken aus. Das entspricht der Hälfte dessen, was der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Vertreter der Geberkantone sprachen von einem «faulen Kompromiss», der die gesetzlichen Grundlagen missachte. Die SVP des Kantons Schwyz kündigte an, das Referendum gegen den Entscheid zu lancieren. Die SVP-Sektionen in Zug und Nidwalden sicherten ihre Unterstützung zu. Bis am 8. Oktober haben sie Zeit, 50 000 Unterschriften zu sammeln, um den Beschluss vors Volk zu bringen.

FDP und CVP wollen nicht helfen

Drei Wochen später ärgert sich Xaver Schuler, Präsident der SVP Schwyz, noch immer – allerdings nicht (nur) über das eidgenössische Parlament, sondern über die bürgerlichen Partner in den Geberkantonen. Die FDP und die CVP wollten der SVP nicht helfen,

sagt Schuler gegenüber unserer Zeitung. Offenbar seien die anderen Parteien nicht bereit, die intensive Arbeit des Unterschriftensammelns auf sich zu nehmen.

Schuss in den eigenen Fuss?

Die Angegriffenen wehren sich gegen diese Vorwürfe. Die CVP Schwyz sei zwar ebenfalls «nicht glücklich» mit dem Entscheid des Parlaments, wie Parteipräsident Andreas Meyerhans auf Anfrage betont. Mit einem Referendum laufe man jedoch Gefahr, dass dieser zementiert würde. «Wenn bei einer Abstimmung ein Ja resultiert, könnten sich die Nehmerkantone auf Jahre hinaus darauf berufen, dass das Volk ihren Kompromiss mittrage.» Für Meyerhans ist klar: «Solange es keine Unterstützung aus einem grossen Kanton

gibt, haben wir keine Chance.» Er sieht in diesem Zusammenhang die Schuld auch bei der SVP: «Es ist ihr nicht gelungen, auf nationaler Ebene Verbündete zu finden.»

Keine Euphorie in Zürich

Auch für Jürg Strub, Präsident der FDP Zug, ist die Beteiligung anderer Kantone zentral. Seine Partei habe sich noch nicht entschieden, ob sie sich an der Unterschriftensammlung beteiligen werde. Er hofft insbesondere auf den bevölkerungsreichen Kanton Zürich.

Dort hält sich die Begeisterung für das Referendum indes in Grenzen, obschon der Kanton in absoluten Zahlen am meisten in den Ausgleichstopf einzahlt. «Wenn es zu einer Volksabstimmung kommt und der Beschluss des Parlaments deutlich angenommen wird, ist

nicht viel gewonnen», sagt Reinhard Wegelin, Parteisekretär der Zürcher SVP. Man stehe den Schwyzern nicht vor der Sonne und werde den Unterschriftentoben allenfalls auch der Parteizeitungen beilegen. «Wir werden das Referendum aber nicht aktiv unterstützen.» Die FDP des Kantons Zürich reagierte gestern nicht auf eine Anfrage.

Zwar will die SVP Basel-Stadt beim Referendum mithelfen, wie Parteipräsident Sebastian Frehner jüngst gegenüber der «Basler Zeitung» sagte. Dennoch ist für Petra Gössi, Nationalrätin und Präsidentin der FDP Schwyz, klar, dass die Unterstützung nicht ausreicht. «Ich habe im Parlament weder in einem grossen Kanton noch in der Romandie Verbündete für ein Referendum gefunden», sagt sie. «Und die SVP ist mir bislang auch die Antwort schuldig geblieben, wo die Verbündeten sein sollen.»

Kantonsreferendum ohne Chance

Positive Signale kommen von den CVP-Sektionen in Zug und Nidwalden. «Wir werden noch Gespräche mit den SVP- und FDP-Sektionen in Zug führen. Ich gehe aber davon aus, dass wir uns

am Referendum beteiligen werden», sagt der Präsident der CVP Zug, Martin Pfister. Er würde aber, ebenso wie seine Kollegin Theres Rotzer von der CVP Nidwalden, ein Kantonsreferendum bevorzugen.

Für ein solches bräuchte es die Unterstützung der Parlamente in acht Kantonen. Diese Zahl dürfte aber kaum zu erreichen sein, denn die Regierungen von Baselland und Waadt haben sich bereits im Vorfeld der Debatte im Bundesparlament für den Kompromissvorschlag ausgesprochen. Inzwischen sind sie, ebenso wie der Kanton Schaffhausen, von Geberkantonen zu Empfängerkantonen geworden. Damit bleiben nur noch sechs Geberkantone übrig.

SVP Schwyz gibt sich kämpferisch

50 000 Unterschriften zu sammeln, dürfte ebenfalls nicht leicht sein. Die SVP Schwyz gibt sich aber kämpferisch. «Für uns ist es wichtig, dass man es probiert», sagt Xaver Schuler. «Wenn man nichts macht und nur zuschaut, dann wird die Situation immer untragbarer.»

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch



«Die SVP ist mir bislang die Antwort schuldig geblieben, wo die Verbündeten sein sollen.»

PETRA GÖSSI,
FDP-NATIONALRÄTIN (SZ)